



„Es wäre idiotisch, aus der Koalition jetzt auszutreten, ohne die Grundrente umgesetzt zu haben.“

Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) hat seine Partei aufgefordert, aus der großen Koalition mit der Union rauszuholen, was möglich ist

„Ich sage aber auch, wenn die schwarze Null einer besseren Zukunft für unsere Kinder im Wege steht, dann ist sie falsch, dann muss sie weg.“

Der SPD-Vorsitzende Norbert Walter-Borjans am Freitag auf dem SPD-Parteitag in Berlin

Joe Biden bei Wahlkampfauftritt in Rage: Mann als Lügner beschimpft

WASHINGTON (APA/AFP). Wegen Kritik an seiner Rolle in der Ukraine-Affäre hat der demokratische US-Präsidentenwahlkandidat Joe Biden bei einem Wahlkampfauftritt die Beherrschung verloren und einen Mann beschimpft. „Sie sind ein verdammter Lügner, Mann“, rief der ehemalige Vizepräsident am Donnerstag im Rathaus von New Hampton im Bundesstaat Iowa, wo er sich Fragen von Bürgern stellte.



Joe Biden (77) APA/afp/SAUL LOEB

Der Angesprochene, der sich als 83-jähriger Landwirt vorstellte, hatte zuvor Biden vorgeworfen, er habe seinen Sohn Hunter Biden in die Ukraine geschickt, „um ihm einen Job zu verschaffen und damit er für eine Gasfirma arbeitet“. Dabei habe sein Sohn in diesem Bereich „keine Erfahrung“ gehabt. „Sie verkaufen Zugang zum Präsidenten“, fügte der Mann mit Blick auf Bidens Posten als Stellvertreter des damaligen Präsidenten Barack Obama hinzu.

„Das ist nicht wahr und das hat noch nie jemand gesagt“, sagte Biden, nachdem er den Bürger als „verdammten Lügner“ bezeichnet hatte. Der 77-

Jährige wies außerdem den Vorwurf des Fragestellers zurück, er sei „zu alt“ für eine Präsidentschaftskandidatur. Vielmehr spreche seine langjährige politische Erfahrung für ihn: „Der Grund, warum ich antrete, ist, weil ich schon lange dabei bin und ich mehr weiß als die meisten Leute und weil ich Dinge hinbekommen kann.“

Biden forderte seinen Kritiker gar zu einem Wettstreit heraus. „Sie wollen meine Form dafür testen, dann lassen Sie uns zusammen Liegestütz machen, Mann“, sagte der Politiker.



„Kick Boris out“: Initiativen zur Abwahl von Premier Johnson

UXBRIDGE (dpa). Der britische Premierminister Boris Johnson muss bei der Parlamentswahl am 12. Dezember möglicherweise um sein Mandat bangen. Darauf hoffen zumindest Initiativen wie „Kick Boris Out“ oder „Boot Boris Out“. Die Aktivisten arbeiten daran, genügend Wähler zu mobilisieren, um Johnson sein Mandat im Wahlkreis Uxbridge and Southern Ruislip streitig zu machen. Der konservative Politiker gewann bei der vergangenen Wahl 2017 nur mit einer knappen Mehrheit von rund 5000 Stimmen.

In einem offenen Brief wandten sich Dutzende proeuropäische Organisationen an die

Chefin der britischen Liberaldemokraten. Sie forderten Jo Swinson auf, ihre Kandidatin für den Wahlkreis zurückzuziehen und Labour zu unterstützen. Im Gegenzug sollten die Sozialdemokraten nicht mehr im Wahlkreis von Außenminister Dominic Raab, Esher und Walton, antreten. Dort haben die Liberaldemokraten Chancen auf Erfolg. Beide Parteien wollen ein zweites Referendum über den EU-Austritt erreichen.

Johnsons Konservative liegen in den Umfragen weit vor den Sozialdemokraten von Labour. Das britische Mehrheitswahlrecht macht Voraussagen aber sehr schwer.



Die linke Bundestagsabgeordnete Saskia Esken und der frühere nordrhein-westfälische Finanzminister Norbert Walter-Borjans sind neue Vorsitzende der SPD. APA/afp/ODD ANDERSEN

Alte Werte für neue Zeit?

PARTEITAG: Wie die SPD mit neuem Duo nach links rückt – Schwarze Null infrage gestellt

BERLIN (dpa). Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans sparen nicht mit Pathos. „Hört ihr die Signale? Die neue Zeit, sie ruft“, sagt Esken in Anlehnung an die Internationale. Und etwas später ruft Walter-Borjans den rund 600 Delegierten zu: „Dieser Kampf für ein besseres Morgen, der beginnt heute, der beginnt jetzt, in dieser Minute hier in Berlin.“

Beide recken die Hände in die Luft, in den fast 2 Minuten lang anhaltenden Parteitagapplaus. Die meisten Delegierten stehen, auch Olaf Scholz – auch wenn der Vizekanzler nur jeden zweiten Beifallsschlag mitmacht. Wohin führt der erhobte Aufbruch die SPD – aus der Koalition, zu etwas Neuem?

Die Partei stellt sich nach monatelangem Kampf um den Vor-

sitz und die Richtung recht geschlossen hinter den Linkskurs der beiden Neuen. 89,2 Prozent für Walter-Borjans, 75,9 Prozent für Esken – gut 13 Prozent weniger. So startet das Duo mit ungleich verteiltem Vertrauensvorschuss. Beim Mitgliederentscheid erhielt das GroKo-kritische Duo gemeinsam 53 Prozent, die Kontrahenten Scholz und Klara Geywitz bekamen für ihren regierungstreuen Kurs 45 Prozent. Nun gibt es viele Umar-mungen, Glückwünsche auch vom Vizekanzler, von der scheidenden kommissarischen Parteichefin Malu Dreyer gibt es rote Rosen – und in der Halle erleichterten, fast fünfminütigen Beifall. Doch wo steuert das Duo nun hin?

Vieles bei den beiden Neuen klingt nach „Zurück in die Zukunft“. Esken und Walter-Borjans buchstabieren ihren künftigen linken Kurs durch. „Wenn eine Rückkehr zur Partei Willy

Brandts, und in meinem Fall aus langer gemeinsamer Geschichte auch Johannes Raus, ein Linksschwenk der Partei ist, dann bitte sehr, dann machen wir gemeinsam einen ordentlichen Linksschwenk“, sagt Walter-Borjans.

Die SPD als Partei der Gerechtigkeit und des Sozialen – Martin Schulz schaffte damit in seinem Wahlkampf als Kanzlerkandidat nur ein kurzes Hoch. Nun kommen Esken und Walter-Borjans immer wieder auf die kleinen Leute und auf Umverteilung zu sprechen. Esken erinnert daran, dass sie früher in „verschiedenen ungelerten Jobs“ gearbeitet habe. „Zu meiner Zeit als Paketboten hat man zu Tarif gearbeitet.“ Heute aber gebe es überall Wettbewerb und Kampf.

Sie rechnen auch mit der Agenda 2010 des früheren Kanzlers Gerhard Schröder ab. Auffällig viel Lob hat Esken für die gescheiterte Ex-Parteichefin An-

drea Nahles übrig, ihrerseits schon keine Schröder-Freundin. Noch unter ihr sei das SPD-Konzept für einen neuen Sozialstaat entstanden. „Deshalb will ich die Gelegenheit nutzen, um Andrea Nahles für ihre Leidenschaft, für ihre Energie, für ihren Einsatz, einfach eigentlich für alles zu danken, die sie der SPD in den letzten Jahrzehnten gegeben hat.“ Hartz IV will Esken nun also überwinden – es sei Zeit für eine Umkehr.

Walter-Borjans stellt die schwarze Null und gleich dazu die Schuldenbremse infrage. „Wer Umverteilung für Teufelszeug hält, der sollte wenigstens anerkennen, dass es Umverteilung in diesem Land schon seit langem gibt, nur nicht von oben nach unten, sondern von unten nach oben“, sagt Walter-Borjans.

© Alle Rechte vorbehalten



EUROPA-SPLITTER

Ein Schuss ins Leere

EU-WAFFENRECHT: Die Tschechische Republik unterliegt mit ihrer Klage gegen EU-Richtlinie

Im Jahr 2013 hat sich die EU-Kommission entschlossen, das Waffenrecht zu verschärfen. Es gäbe zu viele Opfer von Gewalttaten, die mit Schusswaffen verübt werden, hieß es. Jährlich 1000 Tote seien in der EU auf Waffengewalt zurückzuführen. Es gäbe in der EU schätzungsweise 80 Millionen Schusswaffen für den zivilen Gebrauch, die sich in rechtmäßigem Besitz befinden. Problematisch sei insbesondere der Verkauf von Waffen und Munition im Internet. Am meisten Schusswaffen gäbe es in Finnland (pro 100 Einwohner 43,3 Schusswaffen), Zypern (36,4), Schweden (31,6), Frankreich (31,2) und Deutschland (30,3) geben.

Am wenigsten Schusswaffen gäbe es in Litauen mit 0,7 Schusswaffen pro 100 Einwohner, Rumänien (0,7) und den Niederlanden (3,9). Österreich und Italien liegen mit 21,9 bzw. 11,9 Schusswaffen pro 100 Einwohnern im Mittelfeld.

Dass die Anzahl der registrierten Waffen nicht unbedingt die



Die Feuerwaffen-Richtlinie der EU bleibt aufrecht. EPA - Andrew Gombert

Gewalt mit Waffen direkt proportional beeinflusst, zeigt freilich bereits der Vergleich der beiden zuletzt genannten Länder. In Österreich gibt es mehr als doppelt so viele registrierte Waffen doch weniger als halb so viele Tötungen mit Waffen. Die Anzahl der Selbstmorde mit Schusswaffen liegt in Italien sogar mehr als dreimal so hoch als in Österreich wo es offizielle doppelt so viele Waffen gibt. Dennoch wurde im Jahre 2017

eine EU Richtlinie zur Kontrolle des Erwerbs und des Besitzes von Waffen erlassen. Diese Feuerwaffen-Richtlinie hat das Ziel, die Anschaffung von Hochleistungsfeuerwaffen in der EU besser zu kontrollieren und die Gefahr einzudämmen, dass legale Waffen auf illegalen Märkte landen.

Gegen diese Richtlinie ist die Tschechische Republik in den Kampf gezogen. Vor dem Europäischen Gerichtshof wurde sie

dabei von den EU-Mitgliedstaaten Ungarn und Polen unterstützt. Die Argumente gegen die Richtlinie waren, dass man sich auf die Rechtsgrundlage der Binnenmarktharmonisierung gestützt habe obwohl es nicht in erster Linie um den Binnenmarkt gegangen sei. Auch sei die Beschränkung des Waffeneigentums unverhältnismäßig und verletze die Rechtssicherheit. Im Übrigen sei die Richtlinie diskriminierend denn für die Schweiz – die über den Schengen Raum an die EU gebunden ist – gelten Ausnahmen.

Diese Woche hat der Gerichtshof entschieden, dass die Feuerwaffen-Richtlinie rechtmäßig erlassen wurde und bestehen bleibt. Die Richtlinie ist Teil des politischen Erbes des diese Woche aus dem Amt geschiedenen Präsidenten Jean Claude Juncker. Nach den schrecklichen Terroranschlägen in Paris im Jahr 2015 hatte er die Richtlinie vorgeschlagen, um die Sicherheit in der EU zu erhöhen.

© Alle Rechte vorbehalten

5 FRAGEN AN ...

... Gabriel N. Toggenburg*



satte 90 Prozent der Ratsentscheidungen einstimmig. Die EU zieht Harmonie dem offenen Konflikt stets vor.

„D“: Was kann man machen, wenn man als Staat überstimmt wird?

Toggenburg: Nun, der Fall der EU-Feuerwaffenrichtlinie ist da ein Klassiker: man wirft der Kommission vor, dass der Gesetzgebungsvorschlag auf der Grundlage eines unpassenden Artikels der EU-Verträge erlassen wurde. Stimmt der Europäische Gerichtshof dem zu, so ist das betreffende EU-Gesetz weg vom Fenster.

„Dolomiten“: Warum schießt die Tschechische Republik gegen das EU-Waffenrecht?

Toggenburg: Die Tschechei hat traditionell einen sehr liberalen Zugang zum Waffenbesitz. Dass das Land darüber hinaus im großen Stil Waffen exportiert, dürfte auch ein Faktor sein.

„D“: Ungarn und Polen haben sich der Klage angeschlossen, warum?

Toggenburg: Vielleicht ging es auch darum, ein Zeichen gegen das Diktat der Mehrheit zu setzen.

„D“: Ist es nicht europäischer Alltag hin und wieder überstimmt zu werden?

Toggenburg: Tatsächlich kann nun in den allermeisten Fällen im Rat mit Mehrheitsentscheidung abgestimmt werden. Aber im Jahr 2017 ergingen

„D“: Was ist bemerkenswert an dem Urteil?

Toggenburg: Der Gerichtshof stellt fest, dass das Fehlen einer systematischen Abwägung aller möglichen Folgen eines Gesetzgebungsvorschlags nicht zwingend zur Nichtigkeit einer Richtlinie führt. Das sollte der Gesetzgeber aber nicht als Blankoscheck lesen.

* Honorarprofessor für EU-Recht und Menschenrechtsschutz an der Universität Graz.